

Philippinen: Guerilla in der Zerreißprobe

Die Nationale Demokratische Front der Philippinen (NDF) steckt zur Zeit in der schwersten Krise ihrer zwanzigjährigen Geschichte. Interne Auseinandersetzungen drohen die von der Kommunistischen Partei (CPP) geführte größte Kraft der philippinischen Linken zu zerschlagen. Was als Debatte über Analysen, Strategien und interne Demokratie begann, ist in den letzten Monaten dramatisch eskaliert. Während das Verhandlungsangebot der neuen Regierung die Krise der NDF zugespitzt hat, haben Ausschlüsse und Auflösungen von Untergruppierungen zum Machtkampf um die politische und ideologische Vorherrschaft im Untergrund geführt.

Ausgelöst wurde die interne Debatte durch die offensichtlich gewordene Schwäche der "nationalen demokratischen Bewegung", also jenen illegalen und legalen Organisationen, die der NDF angehören oder ihr ideologisch nahe stehen. In den letzten Jahren der Aquino-Regierung gelang ihnen immer seltener, die Initiative zu ergreifen und ihre einst gut organisierte Basis zu mobilisieren.

Daran hat sich nichts geändert, seit der ehemalige General und Verteidigungsminister Fidel Ramos im Mai letzten Jahres zum Präsidenten gewählt wurde. Gerade die Wahlen verdeutlichten die Krise der Linken, die sich auf keine Strategie einigen konnte und auf die Wähler kaum Einfluß hatte.

Seit kurzem wird offen eingestanden, daß die NDF in der Krise steckt. Vierzig Prozent ihrer "Massenbasis" und des von ihr kontrollierten Gebietes soll sie verloren haben. Während sich die NDF über ihre militärische Stärke ausschweigt, gibt das Militär die Zahl der einst auf 25.000 Kämpfer und Kämpferinnen geschätzten Neuen Volksarmee (NPA) mit etwa 13.000 an.

Die Meinungen über die Ursachen der Krise der NDF gehen weit auseinander. José Maria Sison, im niederländischen Exil lebender Gründer und Chefideologe der CPP, macht diejenigen verantwortlich, die vom maoistischen Kurs abgewichen seien. Unter dem Pseudonym Armando Liwanag schrieb Sison Ende 1991 das 50seitige Papier "Die Grundprinzipien bestätigen, die Fehler berichtigen". Darin fordert er die Rückbesinnung auf die alte, von ihm einst entworfene Parteilinie und die Rückkehr zur Strategie des langwierigen Volkskrieges.

Seine Kritik richtet sich vor allem gegen Neuerungen aus der Zeit nach 1977. Damals geriet er in Gefangenschaft und verlor die Kontrolle über die Unter-

grundbewegung. Sison verurteilt die Hinwendung zu städtischen Aufstandskonzepten, Bündnisversuche jenseits der Einheitsfront und die voreilige Aufstellung großer Guerillaverbände. Er beklagt, daß die Organisation der ländlichen Bevölkerung vernachlässigt wurde, was zu zahlreiche Fehlentwicklungen geführt habe.

Für Sison ist die Parteiführung auf der südlichen Insel Mindanao mit ihrer Zusammensetzung in der ersten Hälfte der 80er Jahre die Wurzel des Übels. Damals war dort der Kampf am weitesten fortgeschritten. Mit städtischen Aufständen und großen militärischen Einheiten wurde erfolgreich experimentiert, bis sich herausstellte, daß das Militär Teile der Guerilla unterwandert hatte. Eine in tödlicher Panik durchgeführte "Säuberung" forderte 600 bis 800 Opfer, fast sämtlich Unschuldige. Die Guerilla verlor ihr "Robin-Hood-Image".

Sisons Kritik ist nicht ohne Basis. Die Aufstellung großer Einheiten führte zu einer Überbetonung des bewaffneten Kampfes und der Militarisierung der Strategie. Doch viele sehen in der Rückkehr zum langwierigen Volkskrieg, der dem bewaffneten Kampf die führende Rolle einräumt und große militärische Einheiten erst zu einem späteren Zeitpunkt vorsieht, keine Lösung.

Der mit der NDF sympathisierende Soziologe Walden Bello weist darauf hin, daß es tödliche Fehler wie in Mindanao auch in einer Region gegeben hat, in der nicht von der Strategie des langwierigen Volkskrieges abgewichen wurde. Die Ursache müsse also tiefer liegen.

Ein Kader mit dem Pseudonym Omar Tupaz macht gerade die Strategie des langwierigen Volkskrieges für Fehlentwicklungen verantwortlich. Die Strategie hätte die revolutionäre Bewegung, die ihren Fortschritt nur noch in militärischen Kategorien gemessen habe, unflexibel gemacht und zum Fehler des Boykotts der Wahlen 1986 geführt. Davon hat sich die Bewegung nach Ansicht vieler Beobachter bis heute nicht erholt.

Tupaz bildet den Gegenpol zu Sison, doch es gibt zahlreiche andere Positionen, die jedoch nur selten publik werden. Gerade die Frage, wie öffentlich die ursprünglich in den Führungsebenen angesiedelte Debatte geführt werden soll, hat für ihre Zuspitzung gesorgt und ist selbst Diskussionsgegenstand geworden.

Sison fordert die Entfernung derer aus der Partei, die nicht zum alten Kurs zurückkehren wollen. Diese hingegen verlangen eine umfassende Diskussion.

Sison lehnt dies als "Ultrademokratie" ab. Mit der Ausdehnung der Debatte auf den Streit, ob und wie die Diskussion zu führen sei, kam die Frage der Demokratie bzw. des "demokratischen Zentralismus" innerhalb des Untergrundes hinzu sowie die Diskussion über das Verhältnis der CPP zur von ihr beherrschten NDF.

Das zehnte Plenum des CPP-Zentralkomitees Ende Juni 1992 wurde zum Testfall. Zeitungsberichten zufolge sollen nur 8 der über 30 ZK-Mitglieder anwesend gewesen und einige gar nicht erst eingeladen worden sein. Sison wurde zum Vorsitzenden, sein Vertrauter Benito Tiamzon zum Vize und dessen Frau zur Generalsekretärin gewählt. Das Liwanag-Papier wurde zum Parteidokument aufgewertet, der darin enthaltende Aufruf zur Trennung von "Abweichlern" offizielle Politik.

Ende August 1992 bot Präsident Ramos der NDF Friedensgespräche an. Zuvor hatte er als Aquinos Verteidigungsminister Verhandlungen blockiert. Nun, da die Generäle den nahen militärischen Sieg verkünden, ging er auf das langjährige NDF-Verhandlungsangebot ein. Während eine Regierungsdelegation in den Niederlanden Vorgespräche mit NDF-Vertretern führte, hob Ramos das Verbot der CPP auf. Als Zeichen guten Willens ließ er prominente Gefangene frei.

Zu den Freigelassenen zählen der ehemalige NPA-Chef Romulo Kintanar, der frühere CPP-Generalsekretär Ricardo Reyes sowie Bejamin de Vera. Die drei gehörten Mitte der 80er Jahre zur Untergrundführung in Mindanao, jener Gruppe, in der Sison die Quelle der Fehlentwicklungen sieht.

Mit dem Parteiausschluß von Omar Tupaz und scharfen Angriffen gegen andere "Abweichler" wurden im Oktober Beschlüsse des CPP-Plenums umgesetzt. Mehrere Gruppierungen, darunter mit dem Manila/Rizal-Komitee die größte Parteiorganisation, verweigerten darauf dem Plenum und dem Liwanag-Papier die Anerkennung. Sie forderten Sisons Rücktritt, die Einsetzung einer Übergangsparteiführung und einen Parteikongreß.

Der Friedensprozeß zwischen Regierung und NDF kam schnell ins Stocken. Strittig ist der Verhandlungsort. Die Regierung besteht auf Gesprächen in den Philippinen. Die NDF will nur außerhalb des Landes verhandeln, wovon sie sich Sicherheit und eine internationale Aufwertung verspricht.

Als Sisons Autorität in den eigenen Reihen immer stärker hinterfragt wurde, trat er im Dezember die Flucht nach vorn an. Von seinem niederländischen Exil aus bezeichnete er Reyes, Kintanar und de Vera als "Abtrünnige". Er warf ihnen vor, sich an "psychologischer Kriegsführung" gegen die CPP zu beteiligen und dafür Geld zu erhalten.



Wird die NPA den maoistischen Direktiven der Führung folgen?

Foto: G. Körte

Sison macht die drei für die tödlichen Exzesse des Untergrundes in Mindanao verantwortlich. "Die Regierung", so Sison in einer zweiten Erklärung, "wird mit ihrem eigenen Schatten verhandeln", sollte sie mit den dreien Friedensgespräche führen. Reyes, Kintanar und de Vera wiesen Sisons Vorwürfe zurück. Er schade nicht nur ihnen und sich selbst, sondern auch der revolutionären Bewegung. Sie forderten ihn auf, objektiv zu bleiben und seine Position zu überdenken. Was der Untergrund brauche, sei eine wissenschaftliche Auswertung seiner Erfahrungen.

Der Bruch innerhalb der CPP, von Sison selbst noch kurz zuvor gelehrt, hat sich zum offenen Machtkampf entwickelt – ausgetragen auf den Titelseiten von Manilas Presse. Sison selbst hatte seine Vorwürfe an eine große Tageszeitung gefaxt. Die Machtverhältnisse im Untergrund sind dabei kaum einzuschätzen. In den Zeitungen hieß es zum Jahreswechsel, daß nur die Parteiführungen auf der nördlichen Hauptinsel Luzon, mit Ausnahme des Hauptstadt-Komitees, Sison stützen würden.

Wahrscheinlicher ist, daß die Fronten quer durch die einzelnen Gruppierungen verlaufen. Dabei sind sich Sisons Kritiker nicht einig. Mehrere Gruppierungen, die wie das Manila/Rizal-Komitee Sisons Rücktritt gefordert hatten, wurden inzwischen aufgelöst.

Erstaunlich ist, daß es bisher zu keiner formalen Spaltung kam. Reyes kündigte zwar in einem Interview die Möglichkeit einer neuen Partei an. Doch davon ist nichts zu spüren. In den letzten Wochen scheinen sich die Wogen etwas geglättet zu haben. Es gibt noch Kräfte, die versuchen, die eskalierte Debatte einzugrenzen und zwischen den Fraktionen zu vermitteln.

"Viele können sich emotional noch keinen formalen Bruch vorstellen", sagt Tupaz zur gegenwärtigen Situation. Alex Magno, Universitätsdozent, Zeitungskolumnist und Beobachter der Linken, hält die Positionen für unversöhnlich: "Es ist ein Punkt erreicht, in dem ein Bruch unvermeidlich ist. De facto hat er bereits stattgefunden."

Für Magno liegt der Debatte die Frage des bewaffneten Kampfes zugrunde. Diese Frage stelle sich, weil sich die Gesellschaft in den letzten zwanzig Jahren gewandelt habe. Feudale Beziehungen hätten sich weiter aufgelöst, die Verstärkung habe stark zugenommen, die Wirtschaft sei stärker in den Weltmarkt integriert, während nach Marcos' Sturz die offene Repression nachgelassen habe.

Roy Mahinay, Vorsitzender der Zuckergewerkschaft, widerspricht Magno. Mit Blick auf das Los der Zuckerarbeiter sagt Mahinay: "Es hat sich nichts geändert". Die alte Strategie bleibe gültig. Die

Debatte empfindet er als schädlich. Tupaz sieht sie als notwendig. Ein formaler Bruch, bei dem nur noch die Art der Trennung unklar sei, ist für ihn eine Frage der Zeit. Schädlich sei, wie die Debatte ausgetragen werde.

Den angerichteten Schaden hält Tupaz für größer als die Risiken des Friedensprozesses. Die Regierung warte zur Zeit nur ab, daß sich die NDF spalte. Ziehe die Front ihr Gesprächsangebot zurück, werde sie Unterstützung bei der Mittelschicht verlieren. "Dort ist nicht mehr viel zu verlieren", räumt Tupaz ein.

Angesichts der Friedensgespräche sieht Magno die NDF in einer Situation, in der sie nur verlieren könne. Die Front sei zu schwach, um die Regierung zu Zugeständnissen zwingen zu können. Nehme die NDF aber nicht an Verhandlungen teil, wäre dies katastrophal für ihr Bild in der Öffentlichkeit. Langfristig sieht Magno für die philippinische Linke insgesamt nur eine Chance, wenn es ihr gelingt, eine höheres Maß an Demokratie zu entwickeln und glaubhaft zu vertreten, als in Regierung und Gesellschaft vorherrschen.

Sven Hansen

Der Verfasser ist Politikwissenschaftler und freier Journalist. Er ist Mitarbeiter im Philippinenbüro als Redakteur für das "Philippinen Forum".